



Sicher leben in Alzey

Ein gutes Sicherheitsgefühl ist entscheidend für die Lebensqualität in einer Stadt. Ein lebenswertes und sicheres Alzey hat für uns als SPD-Stadtratsfraktion oberste Priorität. Wir pflegen einen guten Kontakt zur Polizeiinspektion, zu den Hilfsorganisationen und Ordnungskräften. Ihnen gebührt unserer besonderer Dank, gerade auch weil wir wissen: In unserer Stadt lässt es sich sicher leben. Die Kriminalitätsrate ist niedrig (objektive Sicherheitslage), die Aufklärungsquote im Gegensatz dazu erfreulich hoch. Keinesfalls sollte ein falsches Bild nach außen vermittelt werden, als gäbe es in Alzey einen Kriminalitätsschwerpunkt und alle Menschen fühlten sich in Alzey unsicher (subjektives Sicherheitsempfinden). Dieser falsche Eindruck würde dem Ansehen der Stadt und damit den Chancen für Einzelhandel und Tourismus schaden.

Selbstverständlich nehmen wir die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst und verschließen auch nicht die Augen vor unerwünschten Entwicklungen, wie beispielsweise das nicht zu tolerierende Verhalten von (zumeist) Jugendlichen auf dem Roßmarkt. Diese Missstände dürfen nicht toleriert werden und bedürfen entsprechender Maßnahmen. Wir haben uns daher intensiv mit der Thematik befasst und ein „10 Punkte-Sicherheitskonzept“ für Alzey erarbeitet.

Dieses Konzept sehen wir als die bessere Alternative zu der von der CDU vorgeschlagenen Videoüberwachung auf dem Roßmarkt und Kronenplatz an. Wir haben erhebliche Zweifel, ob die punktuelle Überwachung die Probleme lösen kann oder nicht doch eher eine Verlagerung der angesprochenen „Brennpunkte“ führen würde. Außerdem gibt es erhebliche Bedenken, ob eine Videoaufzeichnung mit den geltenden Datenschutzrichtlinien vereinbar ist. Da eine Überwachung auch in die Persönlichkeitsrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger eingreift, ist diese nur zur Abwehr konkreter Gefahren und schwererer Straftaten denkbar. Viele Sicherheitsexperten stellen in Frage, ob Straftaten dadurch überhaupt verhindert werden können.

Das ist für uns zu kurz gesprungen. Wir setzen auf eine gemeinsame Strategie von Polizei, Ordnungsbehörde, Akteuren der Jugendarbeit, weiteren Dienststellen der Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Bürgerschaft - Repression und Prävention müssen sich bei unserem Sicherheitskonzept dabei immer die Waage halten. Wir werden die Thematik daher umfassender und nachhaltiger angehen und dieses Sicherheitskonzept in die bevorstehende Diskussion im Ausschuss für Bürgerdienste einbringen.

Selbstverständlich werden wir danach auch die Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion mit einbeziehen.



- Entwurf -

Unser Sicherheitskonzept für Alzey:

1. Präsenz des Ordnungsamtes

Um das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu steigern, schlagen wir regelmäßige Streifengänge des Vollzugsdienstes durch die Innenstadt vor („Fußstreifen“). Mit einer deutlich verstärkten Präsenz der Mitarbeiter, gerade am Abend, versprechen wir uns eine schnelle Verbesserung der Situation. Personalressourcen könnten durch eine Verlagerung von Aufgaben bereitgestellt werden. Sollte eine Personalverstärkung notwendig sein, sind wir zur Unterstützung gerne bereit.

2. Sanktionen durchsetzen, Gefahrenabwehrverordnung überprüfen

Neben den präventiven Maßnahmen ist unserer Meinung nach aber bei gegebenen Anlässen auch das Ein- bzw. Durchgreifen der Ordnungsbehörde durch Verwarnungen, Bußgelder, Anzeigen oder Platzverweise erforderlich. Wir halten eine Prüfung für erforderlich, ob die städtische Gefahrenabwehrverordnung in diesem Zuge evtl. neu zu fassen ist oder ob Änderungen bzw. Ergänzungen dienlich sein könnten. Auf „Verlagerungstendenzen“ der Problemfälle muss geachtet werden.

3. Zusammenarbeit mit der Polizei

Die Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Alzey funktioniert, auch nach deren Aussage, bereits zum jetzigen Zeitpunkt sehr gut und die Beamten der Polizeiinspektion waren in der Vergangenheit beispielsweise auch bereits bei den Gewerbebetrieblern auf dem Roßmarkt präsent. Diese Zusammenarbeit sollte weiter intensiviert und ggf. auch durch gemeinsame Fußstreifen sowie Kontrollen ergänzt werden.

Darüber hinaus regen wir an, die Berichterstattung über echte Vorfälle und vermeintliche Straftaten zu intensivieren. Gerade in sozialen Netzwerken werden Ängste durch Falschdarstellungen geschürt, die so gar nicht stattgefunden haben. In diesem Zusammenhang sollte dafür geworben werden, dass tatsächlich stattgefunden Vorfälle auch bei der Polizei angezeigt werden.

Die Stadtverwaltung sollte in Zusammenarbeit mit der Polizei Informationsveranstaltungen zum Beispiel zu den Themen „Einbruchschutz“ oder „Infos zu Betrugsmaschen“ organisieren.



4. Beleuchtung – Städtebau und Kriminalprävention

Wir erachten es als sehr wichtig, öffentliche Plätze und Wege möglichst hell auszuleuchten. Helligkeit verbessert das Sicherheitsgefühl und beugt Kriminalität vor. So haben wir bereits im vergangenen Jahr die Ausweitung der Beleuchtung auf dem Stadthallenparkplatz angeregt, die nun auch umgesetzt werden soll. Es sollte außerdem geprüft werden, in wie weit „dunkle Ecken“ in der Stadt kurzfristig beseitigt werden können. Hierfür schlagen wir einen gemeinsamen Rundgang mit Vertretern des Ordnungsamtes, der Polizei und Vertretern der Fraktionen in den Abendstunden vor.

5. Verstärkte Einbindung des Beirats für Integration und Migration

Wir begrüßen ausdrücklich die Beteiligung des Beirats für Integration und Migration bei diesem wichtigen Thema. Die Vereinbarung zwischen dem Beirat, der Polizei und Stadt Alzey ist hierbei sicherlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir erhoffen uns hieraus in Zukunft eine engere Verzahnung und ein gemeinsames Agieren aller Beteiligten zur Steigerung der Integrationsbemühungen. Die Arbeit des Beirats verdient entsprechende Unterstützung.

6. Sozialarbeit im JuKu und Streetworker

Das Jugend- und Kulturzentrum leistet einen immens wichtigen Beitrag zur Integration in unserer Stadt. Die aufsuchende Sozialarbeit spielt dabei eine elementare Rolle in dem vielfältigen Aufgabenfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die SPD-Fraktion hat eine Aufstockung der Stellen beantragt, die vom Stadtrat auch bewilligt wurde.

Es sollte geprüft werden, ob diese Bemühungen unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse noch weiter intensiviert werden können und welche Maßnahmen hierfür ggf. notwendig wären.

7. Frühzeitige Prävention durch Sozialarbeit

Der Präventionsgedanke durch Sozialarbeit sollte bereits frühzeitig ansetzen. Bereits seit vielen Jahren unterstützen wir die Sozialarbeit an den Grundschulen und haben uns in der Vergangenheit für die Aufstockung der bestehenden Stellen eingesetzt. Wir bitten die Verwaltung deshalb um einen Bericht, wie sich die Arbeit auswirkt und ob ggfs. eine weitere Aufstockung der bereits vorhandenen Stellen und damit die Ausweitung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen hilfreich sein könnte.



8. Vernetzung mit der Jugendhilfe des Kreisjugendamtes

Das Kreisjugendamt muss als überörtlich verantwortlicher Träger der Jugendhilfe verstärkt in die Bemühungen mit eingebunden werden. Neben einer möglichen finanziellen Unterstützung bestimmter Maßnahmen, versprechen wir uns hiervon auch den Austausch mit anderen Kommunen und eine fachliche Unterstützung. Bei auftretenden Problemfällen sollten geeignete Maßnahmen zur Intervention „auf kurzem Dienstwege“ besprochen werden.

9. Alternative Treffpunkte

Als Alternative zu den Treffpunkten in der Innenstadt (Roßmarkt, Kronenplatz) sollten den Jugendlichen aktiv andere Möglichkeiten aufgezeigt werden. Hierzu bitten wir die Verwaltung unter Einbeziehung der Verantwortlichen des JuKu um Vorschläge, wo diese Plätze sein könnten. Selbstverständlich wäre auch hier der Einsatz von Streetworkern notwendig.

10. Kriminalprävention geht uns alle an

Abschließend regen wir die Reaktivierung des Kriminalpräventiven Rates an. Dieser kann in unseren Augen zugleich eine gute Plattform für den Austausch aller Akteure bieten. Hierzu sollte die Verwaltung einen Vorschlag hinsichtlich der personellen Besetzung dieses Gremiums machen.

Gute Erfahrungen wurden beispielsweise mit der Nachbarschaftsaktion „Vorsicht! Wachsender Nachbar“ zum Schutz vor Einbrüchen gemacht.

Das Konzept ist nicht abschließend und kann in der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, von Fachleuten sowie in der Diskussion in den städtischen Gremien erweitert und optimiert werden.